

Stadt-Land-Disparitäten in der Energiewende – ein sozialer Konflikt (der Zukunft)?

Nina Kerker

Einleitung¹

Als zentraler soziotechnischer Transformationsprozess (vgl. Holstenkamp/Radtke 2020: 138), der wesentlicher Bestandteil gesellschaftlicher Bemühungen um eine nachhaltigere Zukunft ist, wird die Energiewende die deutsche Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten tiefgreifend prägen. Die damit einhergehenden Ziel- und Spannungskonflikte werden schon heute durch den Widerstand gegen lokale Infrastrukturprojekte (vgl. Kamlage/Engler/Sponheuer 2019: 15f.) und die wachsende Kritik an der Umsetzung (vgl. Römer/Steinbrecher 2021; Setton/Matuschke/Renn 2017; Teune et al. 2021) sichtbar. Ursächlich für existierende Auseinandersetzungen könnte unter anderem eine zunehmende Stadt-Land-Polarisierung im Themenfeld sein. Im wissenschaftlichen und medialen Diskurs traten in den letzten Jahren mehrfach Hypothesen zu vermeintlichen Konfliktgegenständen zwischen Stadt- und Landbevölkerung im Kontext der Energiewende auf (vgl. Czada/Radtke 2018: 66; Gailing/Röhring 2015: 31; Holstenkamp/Radtke 2020; Krüger 2021: 549; Messinger-Zimmer/Zilles 2016: 49).

Ausgangspunkt dieser Annahmen ist die Feststellung, dass urbane und ländliche Räume in unterschiedlichem Maße von der Energiewende betroffen sind und zukünftig sein werden (vgl. Holstenkamp/Radtke 2020: 138). Zwar erfolgt die Umsetzung notwendiger Infrastrukturprojekte für den Transformationsprozess sowohl in städtischen

1 Hiermit möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des von der Mercator-Stiftung geförderten Demokon-Projektes (2019-2022) für die gemeinsame Konzeptualisierung, Datenerhebung und -bereitstellung bedanken. Für den wissenschaftlichen Austausch bedanke ich mich bei Fritz Reusswig, Wiebke Lass und Seraja Bock vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Beate Küpper, Julia Schatzschneider, Maike Rump und Nico Mokros von der Hochschule Niederrhein, Simon Teune und Marius Michel vom Institute for Advanced Sustainability Studies, Jörg Radtke und Emily Drawing von der Universität Siegen sowie Michael Melzer und Teike Scheepmaker vom Institut Raum und Energie. Besonderer Dank gilt Simon Teune und Maike Rump für die Datenaufbereitung der ausgewerteten Bevölkerungsumfrage sowie meinen (ehemaligen) Kolleg:innen Stine Marg, Julia Zilles und Lucas Kuhlmann für die wissenschaftliche Unterstützung während des gesamten Forschungsprozesses.

als auch in ländlichen Gebieten, allerdings machen sich die visuellen Veränderungen des Lebensraums bei der Landbevölkerung stärker bemerkbar, z.B. durch Windkraftanlagen und Stromtrassen (vgl. ebd.). Außerdem sorgt die zunehmende Expansion erneuerbarer Energien dafür, dass Bürger:innen diese vermehrt als Gefahrenquellen für Mensch und Natur sehen (vgl. Krüger 2020: 14; Ohlhorst/Schön 2010: 216f.). Dieser Argumentation folgend ergäbe sich ein ungleiches Kosten-Nutzen-Verhältnis der Energiewende für Stadt- und Landbewohner:innen. Während die Landbevölkerung vornehmlich die Lasten zu tragen hätte, blieben die Städte »verschont« (vgl. Holstenkamp/Radtke 2020: 138). Forscher:innen vermuten daher die Entstehung eines Gefühls der Benachteiligung bei der ländlichen Bevölkerung, da sie mit der Veränderung ihres Lebensraums täglich konfrontiert würden und die Energiewende vor allem von Personen gefördert und beschlossen werde, die den urbanen Milieus zugerechnet werden (vgl. Gailing/Röhring 2015: 37; Holstenkamp/Radtke 2020: 139). Die Vermutungen werden gestützt durch die Ergebnisse der qualitativen Untersuchungen von Messinger-Zimmer und Zilles (2016) sowie Leibenath, Wirth und Lintz (2016). Beide Forschungsteams identifizierten in ihrem Material die Erzählung, dass Landbewohner:innen sich von der Stadtbevölkerung ausgenutzt fühlen, da ländliche Räume als Energielieferanten fungieren müssen, während der Stromverbrauch vornehmlich auf Städte und Industriezentren zurückzuführen sei (vgl. Leibenath/Wirth/Lintz 2016: 209; Messinger-Zimmer/Zilles 2016: 49). Diese empfundene Ungerechtigkeit wird von einigen Befragten dadurch untermauert, dass die Landbevölkerung ebenfalls negative gesundheitliche Auswirkungen durch erneuerbare Energien in Kauf nehmen müsse (vgl. Leibenath/Wirth/Lintz 2016: 209). Weitergehend stellten Messinger-Zimmer und Zilles fest, dass zur Unterstützung dieser Narrative teilweise auf eine »strukturell historische Benachteiligung« der Landbevölkerung gegenüber der Stadtbevölkerung verwiesen wurde (vgl. 2016: 49). Die Situation verschärft sich, wenn ländliche Gegenden nicht angemessen an den Gewinnen der Energieproduktion beteiligt werden und in erster Linie regionsexterne Investor:innen profitieren (vgl. Gailing/Röhring 2015: 40). Zusätzlich könnten bestehende Stadt-Land-Differenzen wie etwa die Finanz- und Strukturschwäche sowie Abwanderungstendenzen in einigen ländlichen Regionen die Spannungen erhöhen (vgl. BBSR 2011: 15; Danielczyk 2020: 98ff.; Wiegandt/Krajewski 2020: 27).

Bisher weniger beleuchtet wurde die Perspektive der Städter:innen im vermuteten Konfliktfeld. Eine rigorosere Umsetzung der Energiewende in den Städten würde insbesondere auf das Problem der Flächenknappheit stoßen, wodurch lediglich eine mangelhafte Verfolgung weiterer Flächennutzungsziele wie beispielsweise die Bereitstellung von Wohn- und Erholungsraum, Verkehrsinfrastruktur und Klimaanpassungsmaßnahmen (vgl. Dena 2019: 18) möglich wäre und folglich die Entstehung diverser Herausforderungen in anderen Lebensbereichen mit sich bringen würde. Aus Sicht der urbanen Bevölkerung ist daher die Argumentation denkbar, dass bauliche Maßnahmen im Kontext der Energiewende sinnvollerweise dort umgesetzt werden sollen, wo Platz ist, nämlich in ländlichen Räumen. Bedenkt man, dass der als zukunftsweisend erachtete Transformationsprozess durch Proteste in ruralen Gegenden gegen konkrete Infrastrukturprojekte verlangsamt wird (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017:

247f.; Reusswig et al. 2016: 21), ist weitere Empörung der Städter:innen über Teile der Landbevölkerung anzunehmen.

Zukünftig könnte das identifizierte Konfliktpotenzial durch die Pläne der Ampel-Koalition zum beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien weitere Wirkmacht entfalten. Die zuvor präsentierten Hypothesen lassen die Vermutung zu, dass aus den Differenzen ein Konflikt erwächst, welcher die Energiewende, unsere Gesellschaft sowie unsere Demokratie zunehmend prägen wird. Allgemein ist zu berücksichtigen, dass der Transformationsprozess uns nicht nur vor technische, sondern vermehrt vor soziale Herausforderungen stellen wird (vgl. Holstenkamp/Radtke 2020: 138; Kamlage/Engler/Sponheuer 2019: 12).

Die Überlegungen implizieren, dass ein tieferes Verständnis der Konfliktodynamiken im Themenfeld notwendig ist, um eine wissenschaftliche Grundlage für einen produktiven Umgang mit den vermuteten Auseinandersetzungen herbeizuführen. Da bisher allerdings vornehmlich Hypothesen zu bestehenden Stadt-Land-Konflikten im Rahmen der Energiewende und seltener empirisch generierte Befunde vorliegen, soll in diesem Beitrag der grundlegenden Forschungsfrage nachgegangen werden, ob soziale Konflikte zwischen Stadt- und Landbevölkerung im Kontext der Energiewende virulent sind. Durch die kritische Prüfung der Existenz der Stadt-Land-Konflikte kann eine Einschätzung dazu erfolgen, inwiefern diese als Einflussvariable in zukünftigen theoretischen und empirischen Arbeiten in der sozialwissenschaftlichen Energiewendeforschung berücksichtigt oder vernachlässigt werden sollte und gegebenenfalls fundiertes Wissen zu den Konfliktgegenständen generiert werden.

Der Bedarf der Hypothesenprüfung ergibt sich weiterhin aus bisherigen Forschungsergebnissen, welche Zweifel am Bestehen von Stadt-Land-Disparitäten im Kontext der Energiewende aufkommen lassen. Die Befunde des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS e.V. Potsdam) brachten hervor, dass die Energiewende »gleichermaßen auf dem Land wie in den Städten« (Setton/Matuschke/Renn 2017: 6) befürwortet wird. Auch Teune et al. fanden bei der Auswertung ihrer deutschlandweiten Online-Befragung heraus, dass Stadt-Land-Unterschiede bei der Einstellung zur Energiewende eher eine untergeordnete Rolle spielen (vgl. 2021: 3). Holstenkamp und Radtke kamen bei ihrer vergleichenden Analyse der Beteiligung an Bürgerenergiegenossenschaften zu dem Ergebnis, dass sich unabhängig vom Wohnort ähnliche Bevölkerungsteile an den Investitionen beteiligen und die Untersuchungsbefunde somit keine tiefgreifenden Rückschlüsse auf die Stadt-Land-Konfliktlinie zulassen (vgl. 2020: 167). Überdies weist Eichenauer darauf hin, dass die vermuteten Stadt-Land-Konflikte im Rahmen der Energiewende möglicherweise überschätzt werden. Ihre Untersuchungen rund um den Ausbau von Windkraftanlagen lieferten bisher keine Anzeichen für Auseinandersetzung zwischen den beiden Raumgruppen (vgl. Eichenauer/Kühn 2021).

Theoretische Grundlage und Vorgehen

Um der Forschungsfrage empirisch nachzugehen, wird für diese Analyse das theoretische Konfliktverständnis nach Friedrich Glasl (1990) genutzt. Demnach ist ein sozialer Konflikt:

»eine Interaktion zwischen Akteuren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.), wobei wenigstens ein Akteur Unvereinbarkeiten im Denken/Vorstellen/Wahrnehmen und/oder Fühlen und/oder Wollen mit dem anderen Akteur (anderen Akteuren) in der Art erlebt, daß im Realisieren eine Beeinträchtigung durch einen anderen Akteur (die anderen Akteuren) [erfolgt]« (Glasl 1990: 14f.).

Die Definition eignet sich aus drei Gründen für die Untersuchung: Erstens deckt sie ein breites Spektrum möglicher Empfindungen ab, wodurch die angelegte Definition offen und sensibel für mannigfaltige Erscheinungsformen des vermuteten Konfliktes ist. Zweitens ist dem Verständnis inhärent, dass ein Konflikt lediglich von einer Konfliktpartei registriert werden kann. Folglich ermöglicht die Fokussierung auf die Wahrnehmungen und Einstellungen einer der beiden anvisierten Konfliktgruppen die Identifikation von Konfliktgegenständen. Drittens setzt die Definition keine Institutionalisierung der gesellschaftlichen Differenzen voraus. Durch dieses Verständnis kann zusätzliche Offenheit im Feld gewahrt und Konflikte bereits in einem keimenden Anfangsstadium identifiziert werden.

Ein weiterer Bestandteil der theoretischen Grundlage dieses Beitrags ist die Konzeptualisierung städtischer und ländlicher Gebiete. Im Anschluss an aktuelle Befunde der Raumsoziologie (vgl. Küpper 2020) werden Stadt und Land in dieser Arbeit nicht als homogene und stabile Räume verstanden, da sie nicht mehr als »klar abgrenzbare Territorien mit jeweils einheitlichen Lebensweisen« (Förtner/Belina/Naumann 2019: 40) existieren. Die beiden Kategorien können demzufolge nicht als dichotome Gegenüberstellung betrachtet werden, sondern bilden ein Kontinuum, »dessen Extrempole die Großstadt und die Landgemeinde sind« (Petermann 2002: 29). Trotz der Anerkennung der Diversität ländlicher und urbaner Räume wird davon ausgegangen, dass eine Kategorisierung der beiden Raumgruppen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht verworfen werden kann. Diese Einschätzung basiert auf der Prämisse, dass weiterhin räumliche Muster bestehen, welche eine Analyse der angenommenen Einstellungsunterschiede rechtfertigen (vgl. Förtner/Belina/Naumann 2019: 40; Haffert/Mitteregger 2022). Überdies sollte berücksichtigt werden, dass die bereits teilweise als obsolet erklärten Raumkategorien aufgrund der sich angleichenden Lebensverhältnisse (vgl. Küpper 2020: 5) nicht automatisch verschwinden. Denn die Alltagssprachliche Verwendung der Dichotomie wird sich vermutlich weiterhin auf die Denkmuster der Menschen auswirken und somit auch zukünftig Anwendung finden, insbesondere im Hinblick auf Gruppenbildung und -zugehörigkeit (vgl. Siedentop/Stroms 2021: 5).

Basierend auf diesem theoretischen Verständnis wurden qualitative sowie quantitative Daten aus dem Projekt »Eine demokratische Konfliktkultur für die Energie-

wende« (Demokon)² mithilfe eines Mixed-Methods-Designs analysiert (siehe zu diesem Projektkontext auch die Beiträge von Marg und Kuhlmann; Reusswig, Lass und Bock; Schatzschneider und Mokros sowie Teune in diesem Band). Das im Zeitraum von Dezember 2020 bis Juli 2021 generierte Material wurde bereits in der Erhebungsphase miteinander verzahnt, wodurch sich erhebliche Vorteile für die Erhöhung valider Forschungsergebnisse ergeben. Ein Kriterium für die Wahl des Untersuchungszeitraums war die zum gewählten Zeitpunkt mutmaßliche Existenz regionaler Energiewendekonflikte in den qualitativen Analysefällen. Die Untersuchung von Konfliktregionen erscheint insbesondere durch die vermutlich intensive lokale Auseinandersetzung mit dem Transformationsprozess reizvoll. Es besteht die Annahme, dass der entfachte Diskurs über die verhandelte Energiewendemaßnahme auch andere Konfliktgegenstände im Themenfeld deutlicher zu Tage treten lässt.

Zum untersuchten Material gehört einerseits eine vom IASS e.V. Potsdam sowie der Hochschule Niederrhein erhobene deutschlandweite, repräsentative Bevölkerungsumfrage zu Themen rund um die Energiewende (siehe auch Teune sowie Mokros/Schatzschneider in diesem Band). Diese umfasst eine Stichprobe von 2.013 Personen, die sich aus einer Zufallsziehung der Befragten aus dem forsa.omninet-Panel zusammensetzt. Die Online-Befragung wurde mithilfe eines strukturierten Fragebogens durchgeführt, welcher vornehmlich auf bewährten Erhebungsinstrumenten wie dem »Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer« (vgl. Setton 2020; Wolf/Fischer/Huttarsch 2021) und der »Mitte-Studie« (vgl. Zick/Küpper 2021) beruht (vgl. Teune et al. 2021: 7). Als Grundgesamtheit der untersuchten bundesweiten Stichprobe in dieser Arbeit gelten alle in Privathaushalten in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren, die das Internet nutzen (vgl. ebd.: 11). Die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft ausgewählter Zielpersonen wurde durch nachträgliche Gewichtung (Region, Geschlecht, Alter) ausgeglichen, welche auf den selbst erhobenen Strukturzahlen von Forsa für Internetnutzer:innen basiert (vgl. ebd.: 7). Die Unterscheidung städtischer und ländlicher Räume erfolgte basierend auf der von Umfrageteilnehmer:innen getroffenen Zuordnung des eigenen Wohnsitzes zu einer Raumkategorie (Großstadt, Vorort oder Randgebiet einer Großstadt, Stadt oder Kleinstadt, Dorf, alleinstehender/s Bauernhof oder Haus). Während Großstädte und deren Vororte als urbane Gegenden gewertet werden, bilden die übrigen Rubriken die Sphäre ländlicher Räume in dieser Analyse ab. Gegenüber einer Einteilung geografischer Kategorien durch Kennziffern wie Einwohnerzahl oder Bevölkerungsdichte bietet die selbst gewählte Zuordnung der Menschen den Vorteil, die individuelle Wahrnehmung und Verortung des eigenen Lebensraums zu berücksichtigen. Der quantitative Analyseteil bedient sich deskriptiver sowie inferenzstatistischer Verfahren, welche computergestützt mithilfe des Programms IBM SPSS durchgeführt wurden. Dazu zählen bivariate Analysen in Form von Kreuztabellen, um die Beziehung zwischen diversen Energiewende-Items und den ausgewählten Raumkategorien zu beschreiben sowie die Durchführung von t-Tests für unabhängige

2 Das Demokon-Projekt befasst sich inhaltlich mit dem Einfluss des Populismus bzw. als populistisch deklarierte Akteur:innen auf den gesellschaftlichen Diskurs über die Energiewende sowie den Auswirkungen auf das Projekt als solches (vgl. Reusswig et al. 2021).

Stichproben zur Prüfung der inhaltlichen Bedeutsamkeit möglicher Mittelwertunterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung hinsichtlich Einstellungsmustern zur Energiewende.

Andererseits umfasst das analysierte Datenmaterial Transkripte von vierundzwanzig semistrukturierten Leitfadeninterviews mit einem Umfang jeweils zwischen 30 bis 90 Minuten, welche durch Mitarbeiter:innen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung geführt wurden. Im Format telefonischer Einzelinterviews erfolgten Gespräche mit Personen, die in ländlichen Gegenden mit virulenten Energiewendekonflikten leben, aber selbst nicht in das lokale Konfliktgeschehen involviert sind, sogenannte Unbeteiligte³. Um das Themenfeld der Stromwende als wesentlichen Bestandteil der Energiewende und die inhärenten Konflikte in ihrer Breite abzubilden, wurden bei der Fallauswahl unterschiedliche Konfliktgegenstände berücksichtigt. Die drei Untersuchungsgebiete sind geografisch breit gestreut und beleuchten jeweils einen Konflikt um einen oberirdischen Aus- bzw. Umbau einer Hochspannungsleitung (Projekt Ultramet im Landkreis Ahrweiler, Rheinland-Pfalz), die Errichtung von Windkraftanlagen (im Bereich der Friedländer Großen Wiese, Mecklenburg-Vorpommern) und den Kohleausstieg in der Lausitz (Spremberg, Brandenburg). Die Gruppe der Unbeteiligten ist für das Erkenntnisinteresse interessant, da die Personen einen Ausschnitt der lokalen Gesellschaft sowie aufgrund der diagnostizierten Ländlichkeit der Fallregionen ebenso Repräsentant:innen der Gruppe der Landbevölkerung darstellen. Anders als bei Aktivist:innen im Konfliktfall kann bei den Unbeteiligten von einer größeren Verallgemeinerbarkeit ihrer Einstellungen zur Energiewende sowie der Wahrnehmung möglicher Konflikte ausgegangen werden. Gegenstand der Gespräche waren die Themen Leben in der Region, Wahrnehmung des regionalen Energiewendekonfliktes, Energiewende und Populismus sowie Repräsentation, Partizipation und Legitimation in lokalen Konflikten. Des Weiteren wurde gegen Gesprächsende ein Item⁴ aus der zuvor beschriebenen deutschlandweiten Bevölkerungsumfrage präsentiert, welches in Form einer Aussage ein Stadt-Land-Konfliktnarrativ wiedergibt. Für die Analyse des transkribierten Interviewmaterials wurde ein hermeneutisch-interpretativer Auswertungsansatz gewählt, welcher Instrumente der qualitativ-interpretativen sowie qualitativ-rekonstruktiven Sozialforschung vereint. Grundlage ist das methodische Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring, welches sich jedoch von einer strikten Regelgeleitetheit bei der Vergabe der Codes löst, um zu verhindern, dass mehrdeutige oder diffuse Aussagen durch das vorgegebene Kategoriensystem nicht in der Gesamtanalyse berücksichtigt werden (vgl. Klecha/Marg/Butzlaff 2013: 40). Ein weiterer Schritt ist die kritische Reflexion und Weiterentwicklung entworfenen Interpretationsmuster durch Auswertungsworkshops mit mehreren Forschenden. Im Zuge dessen erfolgte ebenso die Ana-

- 3 Die Abgrenzung der Untersuchungsgruppe ist auf die Forschungsanlage des Demokon-Projektes zurückzuführen. Laut Arbeitsdefinition des Projektes sind Unbeteiligte »diejenigen, die in Konflikten um die Energiewende im Allgemeinen oder um konkrete lokale Infrastrukturprojekte im Besonderen selbst keine (relevanten) Einflussnehmer:innen beziehungsweise Akteur:innen sind« (Marg/Kuhlmann 2022: 384).
- 4 Im Rahmen der Einzelinterviews wurden die Befragten aufgefordert zu folgender Aussage Stellung zu beziehen: »In der Stadt lässt sich die Energiewende leicht fordern, wenn die Bevölkerung auf dem Land die Folgen trägt.«

lyse des immanenten und dokumentarischen Sinngehalts des Gesagten (vgl. ebd.: 38). Durch diesen Blick hinter die Erzählungen, kann ein detailliertes Gesamtbild der Einstellungen der Befragten gezeichnet, zusätzliche Erklärungsmuster identifiziert sowie die Plausibilität der Aussagen geprüft werden (vgl. Klecha/Marg/Butzlaff 2013: 41). Die Auswertung des Datenmaterials erfolgte händisch mithilfe des Programms MAXQDA.

Während durch die Daten der Bevölkerungsumfrage die Einstellungen der Stadt- und Landbewohner:innen direkt verglichen werden können, ermöglicht die Auswertung der qualitativen Daten eine fundiertere Darstellung der Perspektive der ländlichen Bevölkerung (siehe ausführlich hierzu Kerker 2022). Die Entscheidung für eine tiefergehende Analyse dieser Gruppe basiert auf der Annahme, dass vorherrschende Belastungserfahrungen durch Energiewendemaßnahmen sich in einer präsenteren Erscheinung der Konfliktthematik in ländlichen Räumen manifestieren.

Ergebnisse

Die Zusammenführung der beiden Teilergebnisse aus der qualitativen und quantitativen Analyse erfolgte im Hinblick auf die Überprüfung möglicher Konfliktstrukturen zwischen Stadt- und Landbewohner:innen im Kontext der Energiewende. Dabei wurde analysiert, ob in den Auswertungsergebnissen Unvereinbarkeiten zwischen den Einstellungen und Bewertungen der vermuteten Konfliktparteien im Hinblick auf die Energiewende existieren. Aus der Zusammenführung der Ergebnisse ergeben sich drei Hauptbefunde, die ich im Folgenden vorstellen möchte:

Befund 1: Menschen aus urbanen und ländlichen Räumen befürworten das Vorhaben der Energiewende gleichermaßen.

Sowohl die quantitativen als auch die qualitativen Ergebnisse bestätigen, dass die Mehrheit der Personen in urbanen und ländlichen Gegenden die Notwendigkeit des Transformationsprozess anerkennt. Diese Sichtweise auf die Energiewende illustriert folgende Aussage aus einem Einzelinterview:

»Energiewende, das ist ja erst mal, dass wir den Atomausstieg haben. Was ich persönlich gut finde, ja? Nachdem das in Fukushima passiert ist, das hätte man ja auch schon nach Tschernobyl damals auch schon Gott weiß wie anleiern können, den Atomausstieg. Und dass die Energiewende durch erneuerbare Energie gewonnen werden wird oder soll, finde ich hervorragend.« (Befragte:r aus Ahrweiler, Stromtrassenbau)

Aus den Analysebefunden lässt sich schließen, dass eine hohe Zustimmung zur Energiewende über alle untersuchten Siedlungstypen hinweg existiert. 71 Prozent der Befragten aus der Online-Umfrage gaben an, den Transformationsprozess (eher) zu befürworten. Die stärkste Zustimmung äußerten dabei Personen aus Großstädten (76 Prozent) und deren Vororten (75 Prozent). Diese fällt bei der auf Dörfern (65 Prozent) bzw. in noch ruraleren Siedlungsverhältnissen (66 Prozent) lebenden Bevölkerung etwas niedriger aus. Es wird jedoch ersichtlich, dass die Notwendigkeit der Energiewende von der Mehrheit der Befragten nicht in Frage gestellt, sondern als drängende Aufgabe der Zu-

kunft wahrgenommen wird. Die Vermutung, dass Menschen aus ländlichen Räumen die Energiewende aufgrund der für sie entstehenden Belastungen eher ablehnen, kann nicht bestätigt werden. Interessant ist allerdings, dass die hohe normative Unterstützung des Projektes von vielen Personen nicht erkannt wird. Ein großer Anteil der Umfrageteilnehmer:innen schätzte die ihrem Wohnort vorherrschende Befürwortung der Energiewende deutlich geringer ein, als dies nach eigenen Angaben der Fall ist. Etwa die Hälfte der Befragten in beiden Funktionsräumen geht davon aus, dass ihre Mitmenschen die Energiewende lediglich eingeschränkt befürworten. Der Effekt fällt bei Bewohner:innen ländlicher Gegenden im Sample etwas stärker aus als bei Menschen aus urbanen Räumen.

Befund 2: Stadt- und Landbewohner:innen äußern ähnliche Vorstellungen zur Umsetzung der Energiewende sowie Kritik an dieser.

Trotz des ebenfalls identifizierbaren Meinungsspektrums innerhalb der beiden Raumgruppen, zeigen die quantitativen Daten grundlegende Tendenzen, welche für urbane und ländliche Räume sehr ähnlich ausfallen. So konnte diagnostiziert werden, dass Menschen in Deutschland, unabhängig vom Wohnort, unzufrieden mit der politischen Umsetzung der Energiewende sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene sind. 58 Prozent aller Befragten gaben an, eher bzw. sehr unzufrieden mit der Gestaltung der Energiewende auf nationaler Ebene zu sein. In allen Siedlungstypen sind die Bewertungsmuster ähnlich verteilt: Lediglich 0-0,7 Prozent sind sehr zufrieden, etwa 10-16 Prozent der Menschen in jedem Siedlungsraum sind mit der Umsetzung der Energiewende sehr bzw. eher zufrieden, 25-30 Prozent sind weder zufrieden noch unzufrieden und 54-60 Prozent der Personen gaben an, eher bzw. sehr unzufrieden zu sein. Diese Befunde bestätigen auch die Schilderungen der Landbewohner:innen aus den Einzelinterviews, deren erste Assoziationen zur Energiewende vielfach mit einer negativen Bewertung der Umsetzung verknüpft waren:

»Ja, also, das Projekt an sich Energiewende, ist vollkommen richtig und notwendig, aber die Umsetzung des Projekts würde ich fast als katastrophal bezeichnen.« (Befragte:r aus Spremberg, Kohleausstieg)

Die Kritik an der Umsetzung ist im Diskurs über die Energiewende so dominant, dass der Eindruck entsteht, diese überschatte die normative Unterstützung des Projektes. Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch die Tatsache, dass Emotionen wie Frustration und Machtlosigkeit bei vielen Umfrageteilnehmer:innen aus ländlichen und urbanen Gebieten im Vordergrund stehen, wenn sie an die Energiewende denken. Die angeführten Kritikpunkte sind vielseitig, jedoch sind die Einstellungsunterschiede zwischen Stadt- und Landbewohner:innen gering. Menschen in beiden Raumgruppen kritisieren demnach die gleichen Aspekte. Am stärksten werden die langsame Umsetzung der Energiewende, die fehlende Berücksichtigung dezentraler Energieversorgungsmöglichkeiten sowie die mangelnden Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger:innen beanstandet. Durch die statistische Auswertung konnten hinsichtlich der untersuchten Kritikpunkte in der quantitativen Umfrage keine relevanten Mittelwertunterschiede identifiziert werden. Dies verdeutlicht, wie gering die Differenzen zwischen den beiden Grup-

pen ausfallen. Ebenso unterstützen die Bewohner:innen beider Raumgruppen ähnliche Energiewendemaßnahmen. Die im Rahmen der t-Tests ausfindig gemachten Mittelwertunterschiede gingen nie über eine geringe Effektstärke hinaus. Die größten Differenzen zwischen Stadt- und Landbevölkerung manifestieren sich in der divergierenden Bewertung der Errichtung neuer Biogasanlagen sowie dem Ausstieg aus der Technologie des Verbrennungsmotors. Letzteres ist außerdem in beiden Funktionsräumen das umstrittenste Energiewendeziel. Dies offenbart sich ebenfalls in den qualitativen Analyseergebnissen, die hervorbrachten, dass die Umsetzung der Maßnahme von Menschen in ruralen Gegenden aufgrund der vielerorts defizitären Verkehrsinfrastruktur als unrealistisch eingestuft wird. Die eindeutigste Zustimmung der Bewohner:innen beider Lebensräume erhalten der Ausbau von Windenergieanlagen auf See sowie der Ausbau von Solaranlagen auf Hausdächern.

Gleichmaßen zeichnen sich kaum Differenzen bei der Konfliktbewertung im Themenfeld ab. Lediglich die Vorstellung, dass der Transformationsprozess durch Widerstand gegen konkrete Infrastrukturmaßnahmen ausgebremst werden könnte, beunruhigt die Städter:innen etwas mehr, was sich durch einen Mittelwertunterschied mit geringer Effektstärke abzeichnet. Ein möglicher Grund dafür könnte das medial weit verbreitete Narrativ der protestierenden Landbevölkerung sein. Im Vordergrund steht allerdings, dass mögliche Konfliktpotenziale wie die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner:innen und Verlierer:innen oder die stärkere Belastung einzelner Kommunen und Regionen von den Bewohner:innen beider Raumgruppen als ähnlich besorgniserregend eingestuft wurden. Die Herausforderungen werden folglich von beiden Gruppen wahrgenommen, auch wenn sie nicht gleichermaßen von möglichen Konsequenzen betroffen sind. Außerdem geht aus den qualitativen und quantitativen Daten hervor, dass die Meinung bzw. Befürchtung existiert, die soziale Gerechtigkeit werde im Zuge des Transformationsprozesses vernachlässigt. In den Einzelinterviews wird dies insbesondere durch die Angst vor steigenden finanziellen Belastungen deutlich.

Weiterhin konnte im Rahmen der qualitativen Analyse besonders häufig Kritik an der politischen Steuerung des Transformationsprozesses registriert werden. Bemängelt wird vornehmlich die fehlende oder nicht nachvollziehbare Energiewendestrategie und -expertise der politischen Entscheidungsträger:innen:

»Also insgesamt die Energiepolitik, oder die Energiestrategie in Deutschland, die ist für uns, also, eigentlich gibt es da überhaupt keine klare Struktur in Deutschland, wir springen da hin und her, geht es um das Kernkraftwerk, wird das zum Opfer eines Erdbebens, dann schalten wir sofort und reagieren und schalten alles runter, ob das alles richtig war diese Entscheidung zu treffen [...]«. (Befragte:r aus Spremberg, Kohleausstieg)

In engem Zusammenhang damit stehen Zweifel an der technischen Umsetzbarkeit der Energiewende. Vielfach wurde in den Interviews die Sorge geäußert, dass eine gänzlich auf erneuerbaren Energien basierende Stromerzeugung die nationale Versorgungssicherheit nicht gewährleisten könne. Dies deckt sich allerdings nicht mit den Ergebnissen des quantitativen Materials. Hier gaben ungefähr die Hälfte der Befragten in beiden Raumtypen an, eher nicht oder überhaupt nicht der Meinung zu sein, dass die Energie-

wende die Versorgungssicherheit gefährdet. Die tatsächliche Relevanz dieses Aspekts sollte daher überprüft werden.

Befund 3: Es sind Konfliktpotenziale, aber keine Konflikte erkennbar.

Auch wenn die hohen Übereinstimmungen bei Einstellungen rund um die Energie- wende zwischen Stadt- und Landbewohner:innen keine Rückschlüsse auf direkte und offene Konflikte zulassen, weisen die qualitativen Auswertungsergebnisse zumindest auf Konfliktpotenziale hin. In dieser Untersuchung zeichnen sich Erzählungen mit inhärentem Konfliktpotenzial dadurch aus, dass die thematisierten Beeinträchtigungen zwar auf geografische Unterschiede zurückgeführt werden, allerdings keine konkreten Unvereinbarkeiten hinsichtlich der Vorstellungen oder Einstellungen der Stadt- und Landbewohner:innen adressiert oder Schuldzuweisungen gegenüber den Städter:innen vorgenommen werden. Zukünftig könnten jedoch auf Grundlage dieser wahrgenommenen räumlichen Differenzen Konflikte erwachsen, wenn Bewohner:innen urbaner Räume als Verursacher:innen der angeführten Nachteile wahrgenommen werden. Folgende Argumente dieser Art konnten durch initiativ eingebrachte Aussagen und als Reaktionen auf das präsentierte Stadt-Land-Konfliktnarrativ im qualitativen Material identifiziert werden.

Besonders virulent ist in den Einzelinterviews die Befürchtung einer überproportionalen finanziellen Belastung der Menschen in ländlichen Räumen durch Maßnahmen der Energie- und Mobilitätswende. Es wird argumentiert, dass die Landbevölkerung durch den Anstieg der Kraftstoffpreise oder einen gesetzlich beschlossenen Ausstieg aus der Verbrennungsmotor-Technik aufgrund der zum Teil defizitären Verkehrsinfrastruktur und somit unerlässlichen Nutzung des eigenen Autos mehr negative Konsequenzen zu tragen hätte als die urbane Bevölkerung. Aus ihrer Sicht wären Städter:innen von diesen Maßnahmen weniger betroffen, da in den urbanen Zentren genügend alternative Mobilitäts- und Transportmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Eine Steigerung der aufgezeigten Spannungen spiegelt sich in der folgenden Aussage einer befragten Person wider:

»Natürlich (lacht), wenn Sie jemandem hier auf dem Dorf sagen, du darfst mit deinem Auto noch einmal oder zweimal, das wäre dann ja die einhundertprozentige Steigerung, im Monat eine Tour machen (lacht), dann können Sie das Leben hier vergessen. Dann sind sie in der Steinzeit hier, ne? Aber das sind alles so Denkmuster, die sehr urbanen Charakter haben und die sich sehr verfestigt haben in Gegenden, die weit weg sind von dem wahren Leben. Ja, ist nun mal so. Punkt.« (Befragte:r aus Spremberg, Kohleausstieg)

Das Zitat verdeutlicht die Annahme divergierender Mentalitäten und Überzeugungen der Stadt- und Landbevölkerung insbesondere im Bereich der Mobilitätswende. Städter:innen wird zugeschrieben, die geografischen Differenzen in den gesellschaftlichen Verhandlungen über Energie- oder Verkehrswendemaßnahmen nicht zu berücksichtigen und Forderungen zu stellen, die sich lediglich an der eigenen Lebenswelt orientieren. Damit verbunden ist die Sorge, eine solche Denkweise könne politische Maßnahmen hervorbringen, welche ausschließlich die Landbevölkerung belasten.

Darüber hinaus wird die Beeinträchtigung durch die Zerstörung der Landschaft sowie eine Minderung der Lebensqualität der Menschen in ländlichen Räumen durch Energiewendemaßnahmen wie den Ausbau von Windkraftanlagen oder Stromtrassen thematisiert. Die Nachteile werden zwar von vielen Befragten als notwendiges Übel erachtet, da eingesehen wird, dass der Ausbau bestimmter Technologien nur in ländlichen Räumen möglich ist, allerdings wird von Politiker:innen gefordert, die Bewohner:innen entsprechend durch finanzielle und bauliche Maßnahmen zu entschädigen. Auseinandersetzungen zwischen Stadt- und Landbewohner:innen könnten befördert werden, wenn bei Menschen in ländlichen Räumen das Gefühl entsteht, dass Städter:innen die für sie entstehenden Nachteile und Kompensationsmaßnahmen nicht anerkennen.

Gegenstand der Gespräche war auch die ungleiche Belastung basierend auf der geografischen Verteilung von Energieproduktion und -verbrauch. Einige der Befragten sehen eine Benachteiligung ländlicher Räume darin, dass der Strom überwiegend in ruralen Gegenden produziert, aber verstärkt in urbanen Gebieten verbraucht wird. Damit einhergehend wird die Forderung nach einer dezentraleren Energiewendestrategie eingebracht, um ländliche Gegenden im Hinblick auf die Energieproduktion zu entlasten. Aus der Perspektive der Landbevölkerung könnte ein Konflikt aus dieser Denkweise erwachsen, sollte sich der Eindruck verfestigen, dass ländliche Räume von Städter:innen lediglich als Energiedienstleister wahrgenommen werden. Es scheint außerdem die Sorge vor einem hierarchischen Verhältnis zwischen Stadt- und Landbewohner:innen zu existieren, bei dem die urbane Bevölkerung über die Gestaltung der Energiewende ausschließlich auf Grundlage ihrer eigenen Interessen entscheidet. Laut der Aussage eines Befragten muss sich die Landbevölkerung solchen Vorstellungen nicht unterordnen, sondern sollte gleichberechtigt mit Menschen aus urbanen Gegenden die Energiewende gestalten:

»Klar, die Städte müssen versorgt sein mit Energie, weil da wird auch viel verbraucht. Aber auf der anderen Seite darf man glaube ich nicht sagen, dass sich dann die Bevölkerung auf dem Land komplett dieser Sache unterordnen muss. Sondern ich würde schon sagen, dass die miteinbezogen werden sollten in diesen Prozess.« (Befragte:r aus Ahrweiler, Stromtrassenbau)

Manifeste Konflikte wurden im Rahmen der Interviews nur äußerst selten thematisiert. Eines der beiden identifizierten Narrative dieser Art stammt aus der Analyse des Konfliktes um die Errichtung neuer Windkraftanlagen in der Nähe des Niedermoorgebiets Friedländer Große Wiese:

»Aber Wiese unter Wasser setzen ist auch eine Staatsdoktrin von Mecklenburg-Vorpommern, aber auch von Deutschland, weil man sich seiner Pflicht, CO₂ einzusparen und die Klimaziele zu erreichen am einfachsten vorstellen kann, wenn man alle Moore unter Wasser setzt und dann kann man das hochrechnen und schwupps die wupps hat man dann rechnerisch alles erfüllt. Und sagt sich dann »die paar Dörfer, die haben dann eben ein bisschen Pech«, aber dann haben wir eben alles gemacht [...]. Dann kann man in der Stadt ... ich sag mal, die Stadtwänste können dann weiter so leben, wie sie leben. Sie können weiter fliegen, wie sie fliegen. Sie können weiter, ich sag mal Ressourcen verbrauchen, wie sie »s tun. Aber wir haben

den Preis dafür bezahlt«. (Befragte:r aus der Nähe der Friedländer Großen Wiese, Windkraftanlagenbau)

In dem Interviewausschnitt wird der urbanen Bevölkerung eine egoistische Haltung zugeschrieben sowie der Vorwurf geäußert, rücksichtslos auf Kosten der Landbevölkerung die eigenen Interessen im Hinblick auf die Energie- und Klimapolitik durchzusetzen. Aus Sicht der befragten Person befürworten Städter:innen die für sie bequemste Lösung, ohne die Konsequenzen für andere Menschen zu berücksichtigen oder selbst ›Opfer‹ in Form von Verhaltensänderung oder materiellem Verzicht zu erbringen. Die Aussage lässt zudem erkennen, dass politische Entscheidungsträger:innen auf Bundes- und Landesebene den urbanen Milieus zugeordnet werden, wodurch sich eine Überschneidung von Stadt-Land- sowie Zentrum-Peripherie-Konflikten abzeichnet.

Ferner soll als Befund der qualitativen Untersuchung festgehalten werden, dass neun der vierundzwanzig Interviewpartner:innen dem präsentierten Stadt-Land-Konfliktnarrativ eindeutig zustimmten. Dieser durch die interviewenden Personen in das Gespräch eingebrachte Impuls scheint demnach Aktivierungspotenzial für die Konfliktthematik bei den Befragten zu entfalten. Andererseits offenbart die repräsentative Umfrage, dass ebenso circa 40 Prozent der Menschen aus urbanen Räumen der Aussage zustimmten. Folglich werden die ungleichen regionalen Lasten auch von vielen Städter:innen wahrgenommen. Das Konfliktpotenzial könnte sich dementsprechend reduzieren, wenn die bei der Stadtbevölkerung vorhandene Anerkennung der überproportionalen Belastung für die Landbevölkerung transparent gemacht wird.

Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse

Ausgangspunkt der Untersuchung waren die im Bereich der sozialwissenschaftlichen Energiewendeforschung identifizierten Hypothesen zu bestehenden Stadt-Land-Konflikten, welche aufgrund teilweise konträrer empirischer Forschungsergebnisse einer kritischen Prüfung unterzogen wurden. Ziel war zu analysieren, ob die vermuteten Konflikte im Themenfeld existent sind und somit deren Relevanz als angenommene Einflussvariable der gesellschaftlichen Aushandlung der Energiewende näher zu bestimmen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich durch die Gegenüberstellung der Einstellungen und Vorstellungen der Stadt- und Landbewohner:innen keine direkten Konflikte identifizieren ließen. Auf der Grundlage meiner quantitativen und qualitativen Analyse der aktuellen Forschungsdaten lässt sich festhalten, dass Stadt-Land-Konflikte aktuell keine entscheidende Komponente in den sozialen Dynamiken im Themenfeld der Energiewende darstellen. Stattdessen demonstrierte die Auswertung große Übereinstimmungen der Einstellungen und Vorstellungen zum Transformationsprozess, womit bisherige quantitative Forschungsergebnisse bestätigt werden können (vgl. Setton/Matuschke/Renn 2017; Teune et al. 2021). Menschen aus urbanen und ländlichen Gegenden scheinen sich einig zu sein, dass es bei der Zukunftsgestaltung der Energiewende weniger um das »ob«, sondern vielmehr um das »wie« geht.

Die Entstehung von Konflikten zwischen Stadt- und Landbewohner:innen im Themenfeld kann aber zukünftig nicht gänzlich ausgeschlossen werden, da im Zuge der qualitativen Analyse zumindest latentes Konfliktpotenzial aus Sicht der Landbevölkerung ausfindig gemacht wurde, wobei sich die Befunde teilweise mit vorherigen Forschungsarbeiten decken (vgl. Leibenath/Wirth/Lintz 2016; Messinger-Zimmer/Zilles 2016). Über bestehende Forschungsergebnisse hinausgehend, wurde die Erkenntnis gewonnen, dass insbesondere politische Forderungen und Maßnahmen im Bereich der Mobilitätswende zu einer Aktivierung des identifizierten Konfliktpotenzials zwischen den Raumgruppen führen könnten. Da die vermuteten Differenzen häufig mit einer impliziten Forderung der Landbevölkerung nach Anerkennungsgerechtigkeit verknüpft sind, sollte diesem Aspekt in zukünftigen Debatten um die Gestaltung des Transformationsprozesses vermehrt Beachtung geschenkt werden. Ferner sei erwähnt, dass vorläufige Befunde von durchgeführten Fokusgruppen im Rahmen des Demokon-Projektes auf eine größere Bedeutung der Stadt-Land-Konfliktdynamiken im gesellschaftlichen Diskurs hinweisen als die hier präsentierten Ergebnisse bisher vermuten ließen.

Zusätzliche Relevanz erhält die Zukunftsperspektive auf das Konfliktfeld durch die aktuellen politischen Entwicklungen. Da die Bedeutung und das geplante Umsetzungstempo des Projektes sich durch die Energiewendeziele der Ampel-Koalition sowie die derzeitigen Unabhängigkeitsbestrebungen Deutschlands von russischen Energierohstoffen vermutlich schlagartig erhöhen werden, sind zwei Szenarien denkbar: Zum einen könnte die geplante Beschleunigung des Transformationsprozesses sowie die Ausweitung der Maßnahmen im Bereich der Wärmewende zu einer rigideren Form der Umsetzung führen, welche vermutlich mit zunehmender Kritik und Konflikten einhergehen würde. In solch einer Situation erscheint eine Adressierung bzw. Aktivierung der identifizierten Konfliktpotenziale zwischen Stadt- und Landbevölkerung durch die im Feld wirkenden Akteur:innen naheliegend. Zum anderen hat der Ausbau erneuerbarer Energien eine neue sicherheitspolitische Dimension erreicht. Dies verdeutlicht die symbolische Bezeichnung der regenerativen Energiegewinnung als »Freiheitsenergien« durch Finanzminister Lindner (vgl. Blum/Ondarza/Wischmeyer 2022). Die zugenommene politische Bedeutung in einem anderen Feld als der Klima- und Umweltpolitik könnte zu einer neuen Energiewendementalität in der deutschen Gesellschaft führen, die heißt: Wir brauchen die Energiewende um jeden Preis. Sollte diese Denkweise zukünftig das Credo des Transformationsprozesses werden, dürfte der Ausbau fortan auf weniger Widerstand und Konflikte stoßen.

Aus den Ergebnissen lässt sich folgern, dass Stadt-Land-Konflikte im Zuge der Energiewende aktuell nicht überschätzt werden sollten, es jedoch sinnvoll erscheint, die Entwicklungen zwischen den beiden Gruppen, insbesondere im Wärme- und Verkehrswende-Sektor, weiterhin aufmerksam zu beobachten. Dabei ist vor allem eine Ergänzung der städtischen Perspektive durch eine qualitative Analyse notwendig.

Literatur

- BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (2011): »Lebensqualität in kleinen Städten und Landgemeinden. Aktuelle Befunde der BBSR-Umfrage«, in: BBSR-Berichte KOMPAKT, S. 1-15.
- Blum, Petra/Ondarza, Verena von/Wischmeyer, Nils (2022): »Nachhaltigkeit: EU-Regel könnte Energiewende in Deutschland ausbremsen«, in: Süddeutsche Zeitung vom 04.03.2022. Online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/nachhaltigkeit-eu-taxonomie-windrad-russland-lindner-1.5540529>. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Czada, Roland/Radtke, Jörg (2018): »Governance langfristiger Transformationsprozesse. Der Sonderfall »Energiewende««, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 45-75.
- Danielzyk, Rainer (2020): »Politik für ländliche Räume in Deutschland«, in: Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegandt (Hg.), Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 98-111.
- Dena, Deutsche Energie-Agentur (2019): Abschlussbericht dena-Projekt Urbane Energiewende. Online verfügbar unter: https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2019/dena_UrbWEW_Abschlussbericht_Gesamtversion.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Eichenauer, Eva/Kühn, Manfred (2021): »Es geht um Machtkonflikte, nicht um Stadt-Land-Konflikte«. Online verfügbar unter: <https://leibniz-irs.de/medien/irs-aktuell/sind-staedte-klimapioniere/es-geht-um-machtkonflikte-nicht-um-stadt-land-konflikte>. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD«, in: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7, S. 23-44.
- Gailing, Ludger/Röhring, Andreas (2015): »Was ist dezentral an der Energiewende? Infrastrukturen erneuerbarer Energien als Herausforderungen und Chancen für ländliche Räume«, in: Raumforschung und Raumordnung 73, S. 31-43.
- Glasl, Friedrich (1990): Konfliktmanagement. Ein Handbuch zur Diagnose und Behandlung von Konflikten für Organisationen und ihre Berater (= Organisationsentwicklung in der Praxis, Band 2), Bern, Stuttgart: Verlag Paul Haupt; Verlag Freis Geistesleben.
- Haffert, Lukas/Mitteregger, Reto (2022): Age an place: Urban-rural conflict along the age gradient. Beitrag zur Jahrestagung des DVPW-Arbeitskreises »Wahlen und politische Einstellungen« 2022.
- Hoef, Christoph/Messinger-Zimmer, S./Zilles, Julia (Hg.) (2017): Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript Verlag.
- Holstenkamp, Lars/Radtke, Jörg (2020): »Stadt-Land-Disparitäten in der Energiewende«, in: Jan-Hendrik Kamlage/Steven Engler (Hg.), Dezentral, partizipativ und kommunikativ – Zukunft der Energiewende, Nordhausen: Verlag Traugott Bautz GmbH, S. 137-176.

- Kamlage, Jan-Hendrik/Engler, Steven/Sponheuer, Sebastian (2019): »Zielkonflikte und Spannungsverhältnisse in der Energiewende aus sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive«, in: Jan-Hendrik Kamlage/Steven Engler (Hg.), *Dezentral, partizipativ und kommunikativ – Zukunft der Energiewende*, Nordhausen: Verlag Traugott Bautz GmbH, S. 11-31.
- Kerker, Nina (2022): *Stadt-Land-Disparitäten im Kontext der Energiewende – Hinweis auf eine alte Konfliktlinie?* Unveröffentlichte Masterarbeit, Göttingen.
- Klecha, Stephan/Marg, Stine/Butzlaff, Felix (2013): »Wie erforscht man Protest? Forschungsdesign und Methodik«, in: Franz Walter/Stine Marg/Lars Geiges et al. (Hg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?* BP-Gesellschaftsstudie, Hamburg: Rowohlt, 14-47.
- Krüger, Timmo (2020): *Gemeinwohlkonflikte in der Energiewende: Eine radikaldemokratische Perspektive auf Energiekonflikte und die Grenzen der Deliberation*. Online verfügbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/220019/1/1701988968.pdf>. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Krüger, Timmo (2021): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 539-563.
- Küpper, Patrick (2020): »Was sind eigentlich ländliche Räume?«, in: *Informationen zur politischen Bildung* 343, S. 4-7.
- Leibenath, Markus/Wirth, Peter/Lintz, Gerd (2016): »Just a talking shop? – Informal participatory spatial planning for implementing state wind energy targets in Germany«, in: *Utilities Policy* 41, S. 206-213.
- Marg, Stine/Kuhlmann, Lucas (2022): »Hinterm Horizont geht's weiter.« Zukunftserwartungen und Demokratievorstellungen im Angesicht der Energiewende«, in: Zilles/Drewing/Janik, *Umkämpfte Zukunft*, S. 381-402.
- Messinger-Zimmer, S./Zilles, Julia (2016): »(De-)zentrale Energiewende und soziale Konflikte: Regionale Konflikte um die Vertretung des Gemeinwohls«, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 85, S. 41-51.
- Ohlhorst, Dörte/Schön, Susanne (2010): »Windenergienutzung in Deutschland im dynamischen Wandel von Konfliktkonstellationen und Konflikttypen«, in: Peter H. Feindt/Thomas Saretzki (Hg.), *Umwelt- und Technikkonflikte und Konflikttypen*, Wiesbaden: VS, S. 198-218.
- Petermann, Sören (2002): *Persönliche Netzwerke in Stadt und Land: Siedlungsstruktur und soziale Unterstützungsnetzwerke im Raum Halle/Saale.*, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Reusswig, Fritz/Braun, Florian/Eichenauer, Eva/Franzke, Jochen (2016): *Energiekonflikte. Akzeptanzkriterien und Gerechtigkeitsvorstellungen in der Energiewende. Kernergebnisse und Handlungsempfehlungen eines interdisziplinären Forschungsprojektes*.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Lass, Wiebke/Bock, Seraja/Schatzschneider, Julia (2021): *Populismus und Energiewende. DEMOKON – Research Paper I*, Potsdam, Mönchengladbach. Online verfügbar unter: https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.

- Römer, Daniel/Steinbrecher, Johannes (2021): »Hohe Zustimmung zur Energiewende trotz Corona – Energieeffizienzwünsche treffen allerdings auf finanzielle Hindernisse«, in: KfW Research, S. 1-4.
- Setton, Daniela (2020): Soziale Nachhaltigkeit wagen – Die Energiewende aus Sicht der Bevölkerung: Eine umfassende Auswertung der Daten des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende 2017 und 2018 mit den Schwerpunkten gerechte Kostenverteilung, Windausbau an Land sowie Digitalisierung und Verbraucherpräferenzen. IASS Brochüre, Potsdam.
- Setton, Daniela/Matuschke, Ira/Renn, Otwin (2017): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2017: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.
- Siedentop, Stefan/Stroms, Peter (2021): Stadt und Land: Gleichwertig, Polarisiert, Vielfältig. Eine Metastudie zu Stadt-Land-Beziehungen. Im Auftrag der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius, Hamburg. Online verfügbar unter: https://www.zeit-stiftung.de/f/Neuigkeiten%202021/Metastudie-Stadt-Land-Beziehung_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Teune, Simone/Rump, Maike/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021): Energiewende? – ja! Aber... Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung. Online verfügbar unter: https://publications.pik-potsdam.de/pubman/item/item_26000. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Wiegandt, Claus-Christian/Krajewski, Christian (2020): »Einblicke in ländliche Räume in Deutschland – zwischen Prosperität und Peripherisierung«, in: Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegandt (Hg.), Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 11-31.
- Wolf, Ingo/Fischer, Anne-Kathrin/Huttarsch, Jean-Henri (2021): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie- und Verkehrswende. Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, Potsdam. Online verfügbar unter: https://snb.ariadneprojekt.de/sites/default/files/medien/dokumente/soziales_nachhaltigkeitsbarometer_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 11.08.2022.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn: Dietz.